

Hinweis: Dieser Vordruck ist jeweils gesondert für einen jeden benannten Referenzauftrag zu verwenden, d.h. bei Vorlage einer Mehrzahl von Referenzen ist eine entsprechende Zahl von Vordrucken zu verwenden. Sollte der Raum für Eintragungen nicht ausreichen, sind etwaige zusätzliche Angaben auf einem durch den Bewerber selbst anzufertigenden Beiblatt vorzunehmen, wobei durch eindeutige Kennzeichnung der Bezug der zusätzlichen Angaben zu der jeweiligen Erklärungsrubrik sicherzustellen ist.

## Vordruck Referenzen

Name und Anschrift des Referenzinhabers (Bewerber bzw. Mitglied der Bewerbergemeinschaft):

### REFERENZ Nr.

In dem Vergabeverfahren

|                        |                                                      |
|------------------------|------------------------------------------------------|
| Maßnahmennummer        | Baumaßnahme                                          |
| <b>1803-ZRE-N</b>      | <b>Neubau Zentrum für Ressourcen und Energie ZRE</b> |
| Vergabenummer          | Leistung                                             |
| <b>VOB OV 2024-046</b> | <b>VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen</b>       |

benennen wir unter Bezugnahme auf Abschnitt 7.5.2 des Leitfadens für den Teilnahmewettbewerb (Bewerbungsbedingungen) den nachfolgenden Referenzauftrag als Grundlage für die Eignungsbewertung und die Auswahlentscheidung für die Zulassung zur Angebotsphase:

|                                                                                              |  |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Projekttitle                                                                                 |  |
| Auftraggeber (Name und Anschrift)                                                            |  |
| Ansprechpartner beim Auftraggeber mit Telefonnummer                                          |  |
| Gesamtprojektbeschreibung                                                                    |  |
| Ausführliche Beschreibung des vom Bewerber erbrachten Leistungsumfanges                      |  |
| Angabe (Art und Umfang) der im Zuge der Auftragserfüllung an Dritte vergebenen Unteraufträge |  |
| Zeitraum der Auftragsdurchführung nebst aussagekräftigen Angaben zur Einhaltung der Termine  |  |

|                                                                                                                                                         |  |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| <p>Erklärung, dass die im Rahmen der Beauftragung zugesicherten Eigenschaften der Leistung erbracht wurden, ggf. nebst Erläuterung von Abweichungen</p> |  |
| <p>Angaben zur Einhaltung des Vertragspreises und ggf. zu Nachträgen</p>                                                                                |  |
| <p>Angaben zur Kundenzufriedenheit</p>                                                                                                                  |  |

|            |                           |
|------------|---------------------------|
| <p>Ort</p> | <p>Datum (JJJJ-MM-TT)</p> |
|------------|---------------------------|

## Vordruck Bewerbungsgemeinschaft

Name und Anschrift der Bewerbungsgemeinschaft:

In dem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

**1803-ZRE-N**

Baumaßnahme

**Neubau Zentrum für Ressourcen und Energie ZRE**

Vergabenummer

**VOB OV 2024-046**

Leistung

**VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen**

beteiligen wir uns als Bewerbungsgemeinschaft (Bietergemeinschaft) mit den folgenden Mitgliedern an dem Vergabeverfahren:

Erstes und die Bewerbungsgemeinschaft vertretendes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft (1):

(Name/Firma)

(Anschrift)

(vertretungsberechtigte Personen)

Weiteres Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft (2):

(Name/Firma)

(Anschrift)

(vertretungsberechtigte Personen)

Weiteres Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft (3) (falls zutreffend):

(Name/Firma)

(Anschrift)

(vertretungsberechtigte Personen)

Weiteres Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft (4) (falls zutreffend):

(Name/Firma)

(Anschrift)

(vertretungsberechtigte Personen)

Des Weiteren erklären wir, dass

- wir im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft bilden werden,
- dass unter oben Ziffer 1 genannte Mitglied unserer Bewerbungsgemeinschaft / Bietergemeinschaft / Arbeitsgemeinschaft bevollmächtigter Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft / Bietergemeinschaft / Arbeitsgemeinschaft ist,
- dieser bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder und die Bewerbungsgemeinschaft / Bietergemeinschaft / Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und
- alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft / Bietergemeinschaft / Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber als Gesamtschuldner haften.

Wir erklären des Weiteren, dass wir zur Kenntnis genommen haben, dass eine Änderung der Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaft bzw. ihrer Zusammensetzung während des laufenden Vergabeverfahrens nicht möglich ist.

Wir erklären ferner, dass die Bildung der Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaft für das vorliegende Vergabeverfahren kartellrechtlich zulässig ist. Wir sind bereit, dem Auftraggeber auf Anforderung weitere

Informationen, Dokumente und/oder Bewertungen zur kartellrechtlichen Zulässigkeit der Bildung der Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft zu übermitteln.

|     |                    |                                                |
|-----|--------------------|------------------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | vertretendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft |
|-----|--------------------|------------------------------------------------|

|     |                    |                                                 |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (2): |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|

|     |                    |                                                 |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (3): |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|

|     |                    |                                                 |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (4): |
|-----|--------------------|-------------------------------------------------|

## **Technische Voraussetzungen und Modalitäten der Ausschreibungsteilnahme bei elektronischen Vergabeverfahren über die Vergabeplattform RIB**

### Technische Voraussetzungen/Browsereinstellungen

Betriebssysteme:

Windows 7; Windows 8; Windows 10

Browser: Microsoft IE ab Version 11

Mozilla Firefox ab Version 24

Apple Safari ab Version 5.1.9

Google Chrome

### Hinweise für Benutzer anderer Betriebssysteme: Mac

Da die zur elektronischen Angebotsabgabe benötigte Software derzeit nur unter Windows läuft, wird empfohlen, die Software in einer Windows Emulation (VMware Fusion, Parallels Desktop oder VirtualBox) auf dem Mac zu betreiben.

### Hinweise für Benutzer anderer Betriebssysteme: Linux

Da die zur elektronischen Angebotsabgabe benötigte Software derzeit nur unter Windows läuft, wird empfohlen, die Software in einer Windows Emulation (VMware Workstation oder VirtualBox) in Linux zu betreiben.

### Elektronische Bereitstellung der Vergabeunterlagen durch die Vergabestelle

Grundsätzlich werden sämtliche Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform RIB elektronisch bereitgestellt. Nur soweit dies aus technischen Gründen erforderlich ist, werden einzelne Unterlagen auf anderem Wege zugänglich gemacht, worüber die Bewerber/Bieter entsprechend informiert werden. Der Zugang zu den Vergabeunterlagen erfordert keine Anmeldung bzw. Registrierung. Für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten ist eine solche jedoch erforderlich (siehe unten).

### Elektronische Übermittlung des Angebotes über die Vergabeplattform

Für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten ist eine Registrierung auf [www.vergabe.rib.de](http://www.vergabe.rib.de) über ITWO tender <https://www.meinauftrag.rib.de/public/registerCompany> erforderlich.

Die Bewerber/Bieter laden nach der Anmeldung in ITWO tender die bearbeitbaren Vergabeunterlagen in digitaler Form über den Bieterclient ava-sign von der Vergabeplattform auf ihren Rechner herunter. Die gesamten Vergabeunterlagen sind in einer Paket-Datei gespeichert und werden beim Öffnen mit ava-sign in einer übersichtlichen Baumstruktur dargestellt.

Die elektronische Übermittlung des Angebotes erfolgt ausschließlich über ava-sign. ava-sign ermöglicht eine einfache und komfortable Bearbeitung der Vergabeunterlagen und eine vergaberechtskonforme Abgabe (elektronisch signiert oder in Textform und danach verschlüsselt) von digitalen Angeboten bei Ausschreibungen.

### Elektronische Übermittlung zusätzlicher Unterlagen durch den Bieter

Für die Einreichung zusätzlicher, in den Vergabeunterlagen nicht vorgegebener bzw. enthaltener Anlagen, sind für die Bieter folgende Ordner vorgesehen:

- Ordner Bescheinigungen
  - z.B. Schweißnachweis DIN EN 1090-2 (EXC 1 bis EXC 4) (eingescannt)
- Ordner Anlagen
  - für Begleitschreiben
  - für von der Vergabestelle in dem Leitfaden für den Teilnahmewettbewerb (Bewerbungsbedingungen), der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen und/oder der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots geforderte Unterlagen
- Ordner Nebenangebote
  - für zugelassene Nebenangebote.
  - Ist die Abgabe von Nebenangeboten in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ausgeschlossen worden, wird kein Ordner bereitgestellt.

### Fragen stellen und den Fragen-Antworten-Katalog einsehen

Das Programm iTWO Tender bietet allen Bewerbern/Bietern die Möglichkeit, den Fragen-Antworten-Katalog zu den Ausschreibungen einzusehen. Hierfür müssen nur die Details einer Vergabe geöffnet werden.

Damit ein Bewerber/Bieter selbst eine Frage stellen kann, muss er das Paket mit den Vergabeunterlagen laden, was mithilfe der Funktion „Bewerben“ erfolgt. Auf der rechten Seite befindet sich dann ein Aktionsfeld, in dem u.a. die Option „Frage stellen“ aufgeführt ist.

**HINWEIS:** Die Betreffzeile wird im Fragen-Antworten-Katalog nicht aufgeführt, sondern lediglich die Frage. Bitte stellen Sie die Frage also so detailliert wie möglich, um Missverständnisse zu vermeiden

### Hilfe zur elektronischen Angebotsabgabe abrufen

[http://meinauftrag.rib.de/hilfe/mit\\_avasign.html](http://meinauftrag.rib.de/hilfe/mit_avasign.html)



Name und Anschrift des Bieters (Stempel), Tel-Nr.

**Stadtreinigung Hamburg**

**Hauptgeschäftszimmer**

**Bullerdeich 19**

**20537 Hamburg**

Vergabeart: Verhandlungsverfahren  
mit Teilnahmewettbewerb  
Angebotsfrist: **24.09.2026 10:00**  
Bindefrist: **13.11.2026**

## ANGEBOT

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

**1803-ZRE-N**

**Neubau Zentrum für Ressourcen und Energie ZRE**

Vergabenummer

Leistung

**VOB OV 2024-046**

**VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen**

In dem vorbezeichneten Vergabeverfahren unterbreiten wir der ZRE Zentrum für Ressourcen und Energie GmbH als Auftraggeber das folgende (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ Erstangebot
- ☐ weiteres Angebot

gemäß Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes vom :

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der in den Vergabeunterlagen der vorbezeichneten Ausschreibung beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben (unten Nr. 3) an.

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

- 2 Bestandteil dieses Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben (einschließlich aller Anlagen) die folgenden Unterlagen in der jeweils geltenden Fassung:

- Die Vergabeunterlagen (Teile A. bis D.), insbesondere die Leistungsbeschreibung nebst sämtlicher Anlagen (Teile C. und D. der Vergabeunterlagen) und der Vertragsentwurf (Teil B. der Vergabeunterlagen);
- alle zu der vorbezeichneten Ausschreibung auf der Vergabeplattform des Auftraggebers (RIB e-Vergabe) veröffentlichten Bieterrundschreiben des Auftraggebers, einschließlich etwaiger Änderungen der Vergabeunterlagen;

- das diesem Angebotsschreiben beigefügte, vollständig ausgefüllte Leistungsverzeichnis zum Angebot zu der vorbezeichneten Ausschreibung (gemäß Dokument A11a);
- das diesem Angebotsschreiben beigefügte, vollständig ausgefüllte Verzeichnis Garantiewerte und Raumbedarf des Bieters (gemäß Dokument A11b);
- die diesem Angebotsschreiben beigefügten Eigenerklärungen zur Auftragsausführung (gemäß Dokument A12);
- das diesem Angebotsschreiben beigefügte Nachunternehmerverzeichnis (gemäß Dokument A13; sofern zutreffend);
- die diesem Angebotsschreiben beigefügten Nachunternehmererklärungen (gemäß Dokument A14; sofern zutreffend);
- die diesem Angebotsschreiben nochmals beigefügte Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft (gemäß Dokument A7; sofern zutreffend).
- 
- 
- 

### 3 Preisangaben

#### 3.1 Hauptangebot ohne Losaufteilung:

|               |                                                            |
|---------------|------------------------------------------------------------|
| Hauptangebot  | Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass)<br>in Euro |
| Summe Angebot |                                                            |

- 4 Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung in diesem Vordruck den Ausschluss von laufenden und künftigen Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

|     |                    |                                      |
|-----|--------------------|--------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | Stempel und Unterschrift des Bieters |
|-----|--------------------|--------------------------------------|

#### Das Angebot wird ausgeschlossen, wenn

- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben ist,
- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben ist,
- ein elektronisches Angebot, das signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert ist.

# Eigenerklärung zur Eignung

Für folgendes Vergabeverfahren:

Vergabenummer  
**VOB OV 2024-046**

Bezeichnung  
**VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen**

Name des Bieters: \_\_\_\_\_

## 1. Eintragung des Unternehmens im Register

Mein/ unser Unternehmen ist unter der Nr. \_\_\_\_\_ in das Handelsregister des Amtsgerichts vergleichbare Register) \_\_\_\_\_ eingetragen.

## 2. Erklärung zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

### I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
  - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
  - den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

## II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung stets nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

## III. Erklärungen zu sonstigem Fehlverhalten

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
  - bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
  - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
  - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
  - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fort-dauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
  - keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
  - nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln,
  - keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.
- ☐ Ich/Wir erklären, dass ich/wir von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB von der Teilnahme am Wettbewerb und der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählungen begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (**Nachweise sind beizufügen**).

### **3. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung des Mindestlohnes gem. § 3 HmbVgG**

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zur Einhaltung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

Ich / wir verpflichte(n) mich/uns,

1. meinen/unseren Arbeitnehmer:innen bei der Ausführung dieser Leistungen ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist (§ 3 Abs. 1 HmbVgG). Entsprechendes gilt für die Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.
2. meinen/unseren Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen, soweit die Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
3. im Fall der Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dafür zu sorgen, dass die Verleiher Leiharbeiter:innen bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmer:innen des Entleihers (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
4. im Falle der Übertragung von Leistungen auf einen Nachunternehmer dem Nachunternehmer die Pflicht aufzuerlegen, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der für diesen öffentlichen Auftrag erforderlichen Leistung mindestens eine Vergütung in Höhe des Entgelts nach § 1 Abs. 2 des jeweils aktuell geltenden Mindestlohngesetzes zu zahlen. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden von mir / uns kontrolliert (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

Ich habe / wir haben die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 HmbVgG in Verbindung mit dem MiLoG, sowie die möglichen Sanktionen gemäß § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Verpflichtungen aus § 3 Abs. 2 HmbVgG in der jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen (Vertragsstrafe, sofern vereinbart; fristlose Kündigung des Vertrages oder Rücktritt vom Vertrag) und bestätige/n dies.

### **4. Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten gemäß § 6 Absatz 4 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**

Als öffentlich-rechtliches Unternehmen ist sich die Auftraggeberin ihrer Verantwortung bewusst. Die Grundsatzerklärung zu Menschenrechten (<https://www.stadtreinigung.hamburg/ueber-uns/compliance>) gilt sowohl für alle Mitarbeitenden in allen Geschäftsbereichen der Auftraggeberin als auch für alle ihre unmittelbaren Auftragnehmer und - innerhalb ihrer Einflussbereiche - für die weiteren Parteien in der Lieferkette. Es wird von allen Parteien der Lieferkette erwartet, dass sie die Menschenrechte im Einklang mit dieser Erklärung und nach Maßgabe des LkSG respektieren und sicherstellen.

- ☐ Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zur Einhaltung der nach dem LkSG festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. Bei der Feststellung etwaiger Verstöße oder unmittelbar drohender Verstöße gegen das LkSG im eigenen Geschäftsbereich oder bei einem unmittelbaren Zulieferer werde(n) ich/wir dies unverzüglich der Auftraggeberin melden und Abhilfemaßnahmen gemäß § 7 Abs. 1 bis 3 LkSG einleiten, die zur Beendigung, Verhinderung oder Minimierung der Verstöße führen.
- ☐ Ich erkläre / wir erklären, dass nicht durch rechtskräftige Entscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen nach dem LkSG nicht nachgekommen bin/sind und dass insbesondere wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG keine Geldbuße nach § 22 Abs. 1, 2 LkSG gegen mich/uns verhängt wurde.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch eine rechtskräftige Entscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen nach dem LkSG nicht nachgekommen bin/sind, ich/wir aber zwischenzeitlich angemessene Abhilfe- und Präventionsmaßnahmen i.S.d. §§ 6, 7 LkSG sowie eine wirksame Selbstreinigung nach § 125 GWB vorgenommen und unser Risikomanagement entsprechend angepasst haben. Entsprechende Nachweise hierüber werde ich / werden wir dem Auftraggeber auf Aufforderung unverzüglich vorlegen.

Mir / uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem / unserem Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren oder zu einer Vergabesperre sowie zur Kündigung eines bereits geschlossenen Vertrages führen kann. Ich / wir verpflichte(n) mich / uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese zur Zustimmung des Auftraggebers vorzulegen, bevor die Beauftragung der Nachunternehmer erfolgt.

Ort:

Datum:

Erklärende Person:

## Nachunternehmerverzeichnis

Bestandteil des Angebotes für die Baumaßnahme

Maßnahmennummer

**1803-ZRE-N**

Baumaßnahme

**Neubau Zentrum für Ressourcen und Energie ZRE**

Vergabenummer

**VOB OV 2024-046**

Leistung

**VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen**

In dem vorbezeichneten Vergabeverfahren erklären wir, dass wir Teile der ausgeschriebenen Leistungen auf Dritte (Nachunternehmer/Unterauftragnehmer) übertragen werden. Die Leistungsteile, die auf Dritte übertragen werden sollen, ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung.

Soweit die vorgesehenen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer für die entsprechenden Leistungsteile bereits feststehen, sind diese ebenfalls in der nachfolgenden Aufstellung genannt. Für diese bereits mit dem Angebot benannten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer ist dem Angebot auch die erforderliche Erklärung „Nachunternehmer“ beigefügt.

**Hinweis: Sofern der Bieter beabsichtigt, einen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer für eine Eignungsleihe im Sinne von § 6d EU VOB/A in Anspruch zu nehmen, sind dessen Benennung und die Abgabe der vorgenannten Erklärung zwingend erforderlich. Es gelten die Anforderungen des § 6d EU VOB/A.**

Sofern und soweit der Nachunternehmer/Unterauftragnehmer für bestimmte unten genannte Leistungsteile bei Angebotsabgabe noch nicht feststeht, werden wir die Erklärung „Nachunternehmer“ für diesen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer in der vorgeschriebenen Form zu gegebener Zeit vorlegen. Die entsprechenden Anforderungen gemäß dem Vordruck „Nachunternehmer“ und den „Hinweisen auf das Landesrecht der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ausführung von Bauleistungen“ haben wir zur Kenntnis genommen.

Dies vorausgeschickt, erklären wir, dass wir folgende Teile der ausgeschriebenen Leistungen auf Dritte (Nachunternehmer/Unterauftragnehmer) übertragen werden:

| Beschreibung der auf Dritte übertragenen Teilleistung | Name des Nachunternehmers/Unterauftragnehmers<br>(sofern dieser bei Angebotsabgabe bereits feststeht) |
|-------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                       |                                                                                                       |
|                                                       |                                                                                                       |
|                                                       |                                                                                                       |
|                                                       |                                                                                                       |
|                                                       |                                                                                                       |
|                                                       |                                                                                                       |

Hinweis: Ggf. ergänzende Angaben auf einem beizufügenden Beiblatt vornehmen, sofern der vorgegebene Raum nicht ausreicht.

|            |                           |                                                                  |
|------------|---------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <b>Ort</b> | <b>Datum (JJJJ-MM-TT)</b> | <b>Bewerber / vertretendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft</b> |
|------------|---------------------------|------------------------------------------------------------------|

weitere Unterschriften im Falle von Bietergemeinschaften:

|            |                           |                                                        |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|
| <b>Ort</b> | <b>Datum (JJJJ-MM-TT)</b> | <b>weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (2):</b> |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|

|            |                           |                                                        |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|
| <b>Ort</b> | <b>Datum (JJJJ-MM-TT)</b> | <b>weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (3):</b> |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|

|            |                           |                                                        |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|
| <b>Ort</b> | <b>Datum (JJJJ-MM-TT)</b> | <b>weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft (4):</b> |
|------------|---------------------------|--------------------------------------------------------|



## Nachunternehmererklärung

### Bestandteil des Angebotes für die Baumaßnahme

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

**1803-ZRE-N****Neubau Zentrum für Ressourcen und Energie ZRE**

Vergabenummer

Leistung

**VOB OV 2024-046****VE 4.28.3 - TGA Feuerlöscheinrichtungen**

#### 1 Antrag des Bieters bzw. Auftragnehmers zum Einsatz eines Nachunternehmers

- 1.1 Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir die angebotene Leistung im Falle der Auftragserteilung gemäß § 4 Abs. 8 Nr. 1 Satz 1 VOB/B grundsätzlich im eigenen Betrieb auszuführen habe(n) und ein Einsatz von Nachunternehmern nur ausnahmsweise nach § 5 Hamburgisches Vergabegesetz (**HmbVgG**) zulässig ist.

**Es gilt Nr. 2 Vordruck Hinweise auf Landesrecht, den ich/wir auch jedem Nachunternehmer bekannt gemacht habe(n).**

Mir/uns ist bekannt, dass meine/unsere Haftung gegenüber der Auftraggeberin vom Einsatz des Nachunternehmers unberührt bleibt.

Mir/Uns ist bekannt, dass jeder beabsichtigte Einsatz und Wechsel eines Nachunternehmers stets der *vorherigen* schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers bedarf. Die Zustimmung ist mit diesem vollständig ausgefüllten Vordruck *Nachunternehmer* zu beantragen, der Vertragsbestandteil wird (vgl. Nr. 2 *Hinweise auf Landesrecht*).

**Für jeden Nachunternehmer muss der Bieter/Auftragnehmer einen gesonderten Antrag auf dem Vordruck *Nachunternehmererklärung* stellen. Dieser Vordruck ist**

- im Fall einer Eignungsleihe: zusammen mit den geforderten Eignungsnachweisen abzugeben.
- ohne Eignungsleihe: binnen einer Woche ab gesonderter Aufforderung der Vergabestelle abzugeben.

- 1.2 Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne(n) ich/wir folgenden Nachunternehmer mit den von ihm auszuführenden Teilleistungen und beantrage(n) hiermit die Zustimmung zu seinem Einsatz:

**Nachunternehmer:**

(Name und Anschrift)

| Pos.-Nr. | Bezeichnung der Teilleistungen |
|----------|--------------------------------|
|          |                                |

☐ Mein/ Unser Betrieb ist auf die vorbezeichnete(n) Teilleistung(en) eingerichtet.

**Begründung für die Weitergabe:**

- 1.3 Als Nachunternehmer werde(n) ich/wir nur Firmen beauftragen, die ihrerseits den Pflichten eines Nachunternehmers in Bezug auf Eignung, Ausführungsbedingungen und Kontrollen genügen (Nr. 2 *Hinweise Landesrecht*).

- 1.4 Meine/unser Nachunternehmer ist im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:

**Hinweis:** Bei Vergaben im Oberschwellenbereich ist auch die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedstaaten zugelassen (§ 6b VOB/A EU).

Als Nachweis, dass mir/uns die erforderlichen Mittel meines/unseres Nachunternehmers zur Verfügung stehen, wird dessen Verpflichtungserklärung vorgelegt (siehe Nr. 2.1).

1.5 Mein Nachunternehmer hat erklärt, dass

- ☐ er die oben bezeichnete Leistung vollständig im eigenen Betrieb ausführen wird.  
☐ durch ihn eine unumgängliche Weitervergabe bestimmter Leistungsteile erfolgt (siehe Nr. 2.2).

Für diesen Nach-Nachunternehmer werde(n) ich/wir einen gesonderten Antrag vorlegen.

Dem Nachunternehmer wurde die Pflicht auferlegt, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten und auf Verlangen vorzulegen (vgl. § 10 Satz 2 HmbVgG; siehe Nr. 2.5).

Soweit dies mit der vertragsmäßigen Ausführung der Leistung vereinbar ist, werde(n) ich/wir bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen. Der Nachunternehmer wird bei Angebotsanforderung in Kenntnis gesetzt, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt und die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil B (VOB/B)“ werden zum Vertragsbestandteil gemacht. Dem Nachunternehmer werden keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt, als zwischen mir/uns und dem Auftraggeber vereinbart sind; ich/wir werde(n) dies auf Verlangen nachweisen.

1.6 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Einhaltung der Pflichten durch den Nachunternehmer zu kontrollieren.

Ich/Wir werde(n) insbesondere prüfen, ob das Angebot meines/unseres Nachunternehmers unter Einhaltung der Tariftreue und des Mindestlohns kalkuliert wurde.

Mir/Uns wurde(n) vom Nachunternehmer alle erforderlichen Rechte eingeräumt, um dessen Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit prüfen und überwachen zu können.

Ich/Wir stelle(n) sicher, dass die zur Einholung eines Gewerbezentralregisterauszugs gemäß §150a Gewerbeordnung sowie zur Abfrage des Register zum Schutz fairen Wettbewerbs nach § 7 GRW erforderlichen Daten meines/unseres Nachunternehmers im Vordruck *Nachunternehmer* angegeben sind (siehe Nr. 2.9).

Ich/Wir stelle(n) sicher, dass der Nachunternehmer, sofern in den Vergabeunterlagen gefordert, das *Preisermittlungsblatt 1* vorlegt (siehe Nr. 2.10).

|     |                    |                                      |
|-----|--------------------|--------------------------------------|
| Ort | Datum (JJJJ-MM-TT) | Stempel und Unterschrift des Bieters |
|-----|--------------------|--------------------------------------|

## 2. Erklärung des Nachunternehmers

**Hinweis:** Jeder Nachunternehmer muss eine eigene Erklärung abgeben. Eine fehlende Erklärung führt zum Angebotsausschluss.

**Hinweis:** Jeder Nachunternehmer muss vom *Hinweise auf Landesrecht* Kenntnis genommen haben.

- ☐ Der Bewerber/Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragserteilung mit dem Bewerber/Bieter gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

**Hinweis:** Im Fall der Eignungsleihe vom Nachunternehmer anzukreuzen. Ist der Nachunternehmer zugleich Eignungsleiher im Sinne des § 6d VOB/A EU, muss er stets auch die geforderten Eignungsnachweise vorlegen.

- 2.1 Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, die vom Bewerber/ Bieter unter 1.2 genannten (Teil-)Leistungen im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber/ Bieter zu erbringen.

- 2.2 Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir

☐ die vom Bewerber/ Bieter unter 1.2 genannten (Teil-)Leistungen vollständig im eigenen Betrieb ausführen.

☐ die folgenden Leistungsteile  
weitervergeben werden an

Mir/Uns ist bekannt, dass nur die unumgängliche Weitervergabe der mir/uns übertragenen Leistungen an andere Unternehmer (Nach-Nachunternehmer) zulässig ist und diese gemäß § 5 Hamburgisches Vergabegesetz (**HmbVgG**) vorab vom Bewerber/Bieter beim Auftraggeber mit einem gesonderten Antrag auf dem Vordruck *Nachunternehmer* beantragt worden sein muss. **Es gilt Nr. 2 des Vordrucks Hinweise auf Landesrecht.**

- 2.3 Ich bin/Wir sind von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen.

Ich/Wir wurde(n) in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Abs. 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mindestens 2.500 EUR belegt.

Es liegen keine schweren Verfehlungen vor, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten (vgl. § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A; § 6e Abs. 6 Nr. 3 VOB/A EU).

- 2.4 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung, den in meinem/unserem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmerentsendegesetzes gebunden ist (allgemeinverbindlicher Mindestlohnvertrag).

Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung zur Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

Bei Übertragung von (Teil-)Leistungen auf Nachunternehmer werde(n) ich/wir diese entsprechend verpflichten.

☐ Es besteht eine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohnvertrag nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz und zwar an (Angabe des Tarifvertrags).

Das niedrigste tarifvertragliche Entgelt beträgt EUR brutto/ Stunde.

☐ Es besteht keine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohnvertrag, mein/unser Unternehmen unterliegt aber dem folgenden sonstigen Tarifvertrag:

Das niedrigste gezahlte Entgelt nach diesem Tarifvertrag beträgt EUR brutto/ Stunde.

☐ Mein/ Unser Unternehmen unterliegt keinem Tarifvertrag.

Das niedrigste von meinem/ unserem Unternehmen gezahlte Entgelt beträgt EUR brutto/ Stunde.

Für den Fall, dass das niedrigste Entgelt unterhalb des gültigen Mindestlohns liegt, verpflichte(n) ich mich/wir uns, den bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt in Höhe des Mindestlohns gemäß § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes vom 11.08.2014 (MinLohnG) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen.

- 2.5 Ich bin/Wir sind den gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von

- Steuern,
- Beiträgen zu den Sozialversicherungen,
- Beiträgen zur Sozialkasse des Baugewerbes (*nur bei Unternehmen, die solche zu entrichten haben*) sowie
- Beiträgen zu der Berufsgenossenschaft

nachgekommen und erfülle(n) die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung. Die aktuellen Nachweise gemäß Nr. 2 *Hinweise auf Landesrecht* sind beigelegt.

2.6 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von mir/uns eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir ihm die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die zwischen mir/uns und den Nachunternehmern geschlossenen Verträge gewähren. Meine/Unsere Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

2.7 ☐ Bei der Verwendung von Natursteinen bei der Leistungsausführung: Ich versichere/Wir versichern, dass die Ausführung der Leistung nicht gegen die ILO-Kernarbeitsnormen der Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen verstößt (siehe „www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn“).

2.8 Ich/Wir stimme(n) zu, dass der Bewerber/Bieter und/oder die Auftraggeberin meine/unsere Einhaltung der vorgenannten Pflichten kontrollieren.

Ich/Wir habe(n) dem Bewerber/Bieter insbesondere alle erforderlichen Rechte eingeräumt, um die Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit zu prüfen und zu überwachen.

2.9 Die Vergabestelle ist jederzeit berechtigt und unter Umständen verpflichtet, meine/ unsere Angaben zu verifizieren

– durch die Einholung einer Gewerbezentralregisterauskunft nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) und

– durch die Abfrage des „Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs“ (GRfW).

Hierzu werden folgende Angaben gemacht:

**Hinweis:** Bietergemeinschaften müssen die Angaben für jedes Mitgliedsunternehmen einzeln machen.

Firma (Name, Sitz und Rechtsform):

.....  
 .....

Geschäftsführung bzw. verantwortlich handelnde Person:.

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsname, Staatsangehörigkeit)

.....  
 .....  
 .....

Registergericht oder Genehmigungsbehörde:

.....  
 Handelsregisternummer (wenn vorhanden)

(sonst:) Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde: .....

Steuernummer (Zutreffendes bitte ankreuzen und eintragen):

☐ Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-IdNr.) .....

☐ Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) .....

☐ Wirtschafts-Identifikationsnummer (W-IdNr.) .....

2.10 ☐ Ich/Wir werde(n) dem Bewerber/Bieter, sofern in den Vergabeunterlagen gefordert, über die von mir/uns erbrachten (Teil-)Leistungen die Kalkulationsangaben auf dem Vordruck *Preisermittlungsblatt 1* vorlegen, damit die Vergabestelle die Angemessenheit des Angebotspreises auch beim Einsatz von Nachunternehmern nachvollziehen kann.

**Mir/ Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung den Ausschluss von laufenden und künftigen Vergabeverfahren zur Folge haben kann.**

|            |                           |                                                      |
|------------|---------------------------|------------------------------------------------------|
| <b>Ort</b> | <b>Datum (JJJJ-MM-TT)</b> | <b>Stempel und Unterschrift des Nachunternehmers</b> |
|------------|---------------------------|------------------------------------------------------|

**Hinweis:**

Werden Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt, sind die Originale auf Verlangen der Vergabestelle einzureichen.

## Hinweise auf das Landesrecht der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ausführung von Bauleistungen

Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 VOB/B muss ein Auftragnehmer bei seiner Leistungsausführung die anerkannten Regeln der Technik und die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen beachten.

Für die Ausführung von Bauleistungen in der Freien und Hansestadt Hamburg gelten landesrechtliche Bestimmungen, die ihre Auftragnehmer nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 VOB/B beachten müssen. Die insoweit wichtigsten Landesgesetze sind:

- Das Hamburgische Vergabegesetz (HmbVgG) macht konkrete Vorgaben zu
  - Tariftreue und Mindestlohn (§ 3 Abs. 1 und 2 HmbVgG),
  - Leiharbeitskräften (§ 3 Abs. 3 HmbVgG),
  - sozialverträglicher Beschaffung (§ 3a HmbVgG),
  - umweltverträglicher Beschaffung (§ 3b HmbVgG),
  - Mittelstandsförderung (§ 4 HmbVgG),
  - Nachunternehmern (§ 5 HmbVgG),
  - Angebotswertung (§§ 6 und 7 HmbVgG),
  - Kontrollrechten des Auftraggebers (§ 10 HmbVgG),
  - Sanktionen bei Pflichtverstößen des Auftragnehmers (§ 11 HmbVgG).
- Das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG) verpflichtet die Auftraggeberin, bestimmte Verträge im Informationsregister zu veröffentlichen und beantragte Auskünfte zu erteilen.

Die Vorgaben dieser Landesgesetze sind bei der Vergabe vom Bieter und bei der Ausführung der Bauleistungen vom Auftragnehmer wie folgt zu beachten:

### 1. Umweltschutz (§ 3b HmbVgG)

Die Anforderungen an eine umweltverträgliche Beschaffung nach § 3b HmbVgG sind für den Baubereich in Ziffer 6.9.3 des Bauhandbuchs VV-Bau geregelt.

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat ein Auftragnehmer die durch seine Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß zu beschränken.

Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Weitergehende Vorgaben bleiben unberührt.

### 2. Nachunternehmer (§ 5 HmbVgG)

Der Einsatz von Nachunternehmern ist nur ausnahmsweise zulässig, weil ein Auftragnehmer die Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, grundsätzlich selbst auszuführen hat (§ 4 Abs. 8 Nr. 1 Satz 1 VOB/B).

Nachunternehmer sind alle Unternehmen, denen der Auftragnehmer (Teil-)Leistungen überträgt, unabhängig von ihrem Unterordnungsgrad. Dazu zählen auch mit dem Auftragnehmer verbundene, wirtschaftlich und/oder rechtlich selbstständige Unternehmen (z.B. Tochter-/Schwestergesellschaften und konzernverbundene Unternehmen).

§ 5 HmbVgG statuiert besondere Anforderungen an die Übertragung von Bauleistungen an Nachunternehmer. Bei jedem Einsatz oder Wechsel von Nachunternehmern treffen den Bieter bzw. Auftragnehmer die nachstehenden Pflichten. Eine Pflichtverletzung kann insbesondere zu Vertragsstrafe und Kündigung führen. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber der Auftraggeberin bleibt vom Nachunternehmereinsatz unberührt.

#### 2.1 Vorherige Zustimmung des Auftraggebers

Nach § 5 Abs. 1 Satz 1 HmbVgG darf ein Bieter eine (Teil-)Leistung nur dann auf einen Dritten übertragen, wenn die Auftraggeberin im Einzelfall schriftlich zugestimmt hat.

Mithin bedarf jeder beabsichtigte Einsatz und Wechsel von Nachunternehmern der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin. Die Einwilligung muss der Bieter vorab mit Vordruck Nachunternehmer beantragen.

Eine Vergabestelle prüft vor Erteilung ihrer Zustimmung bei jedem Nachunternehmer stets das Vorliegen der Eignung und der Ausführungsbedingungen (vgl. § 5 Abs. 2 Satz 2 HmbVgG). Liegen Ausschlussgründe vor, kann sie seine Auswechslung verlangen.

Die jeweils erforderlichen Erklärungen und Nachweise sind im Vordruck Nachunternehmer enthalten, den der Bieter und jeder Nachunternehmer ausfüllen und unterzeichnen müssen. Ist der Nachunternehmer eine Bietergemeinschaft, muss jedes Mitglied die Erklärungen abgeben und Nachweise vorlegen.

## 2.2 Informations- und Nachweispflichten des Auftragnehmers

Bei jedem Nachunternehmereinsatz muss der Bieter bzw. Auftragnehmer folgende Informations- und Nachweispflichten beachten:

Bei Angebotsabgabe muss er im Vordruck Angebot die konkreten (Teil-)Leistungen nach Art und Umfang benennen, die er an Nachunternehmer weitergeben will (vgl. § 5 Abs. 1 Satz 2 HmbVgG). Das gilt auch, wenn vom Nachunternehmer nur unwesentliche Teile der Leistung ausgeführt werden sollen.

Im Fall der Eignungsleihe über einen Nachunternehmer (nur zulässig bei europaweiten Vergaben nach § 6d EU VOB/A) muss ein Bieter schon bei Abgabe des Angebots bzw. Teilnahmeantrags den/die Nachunternehmer (Eignungsleiher) namentlich benennen und alle weiteren eignungsrelevanten Angaben zum Nachunternehmer im Vordruck Eignung machen. Die Vordrucke Eignung und Nachunternehmer sind zusammen mit Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen (Nr. 4 Aufforderung Angebotsabgabe).

In den anderen Fällen (bei allen Unterschwellenvergaben sowie bei Oberschwellenvergaben ohne Eignungsleihe) muss der Bieter erst vor Zuschlagserteilung weitere Angaben zu seine(n) Nachunternehmer(n) auf dem Vordruck Nachunternehmer machen (z.B. jeden Nachunternehmer namentlich benennen, die Kontaktdaten und den gesetzlichen Vertreter angeben, die Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel nachweisen, usw.).

Vor Zuschlagserteilung kann die Auftraggeberin alle erforderlichen Nachweise verlangen (vgl. § 4 Abs. 8 Nr. 3 VOB/B). So können insbesondere zur Eignungsprüfung sämtliche Nachweise vom Nachunternehmer verlangt werden, die auch vom Bieter gefordert wurden.

Der Vordruck Nachunternehmer legt fest, wann welche Erklärungen und Nachweise vom Bieter und seinem/n Nachunternehmer(n) abzugeben bzw. vorzulegen sind. Er ist vollständig vom Bieter und jedem Nachunternehmer ausgefüllt mit allen geforderten Nachweisen binnen einer Woche ab gesonderter Anforderung der Vergabestelle abzugeben (Nr. 4 Aufforderung Angebotsabgabe).

Im Zuschlagsschreiben sind die zugelassenen Nachunternehmer mit ihren Leistungsanteilen konkret aufgeführt. Diese Vorgaben sind Vertragsbestandteil, ein Auftragnehmer darf davon nicht eigenmächtig abweichen.

Nach der Auftragserteilung stimmt die Auftraggeberin einem Einsatz oder Wechsel von Nachunternehmern nur ganz ausnahmsweise zu, wenn der Auftragnehmer mit seinem Antrag auf Zustimmung die besonderen Umstände nachweist, die den Einsatz/Wechsel des Nachunternehmers erfordern, und sämtliche Nachweise für seinen Nachunternehmer vorlegt (vgl. § 5 Abs. 2 HmbVgG).

## 2.3 Eignung des Nachunternehmers

Der Vordruck *Nachunternehmer* enthält erforderliche Erklärungen und Nachweise zur Eignung:

Ein Bieter darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig bzw. nicht ausgeschlossen sind (vgl. § 2 VOB/A bzw. EU VOB/A; § 5 Abs. 2 HmbVgG).

Dazu gehört u.a., dass der Nachunternehmer keine nachweislich schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit in Frage stellt (vgl. § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A bzw. § 6e Abs. 6 Nr. 3 EU VOB/A).

Der Bieter kann für Nachunternehmer, die in der Liste des „Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. PQ-Verzeichnis) eingetragen sind, ihre PQ-Nummer im Vordruck „Nachunternehmer“ angeben.



Jeder Nachunternehmer muss eine Eigenerklärung über den Nichtausschluss von öffentlichen Aufträgen der FHH abgeben.

Jeder Nachunternehmer muss eine Selbstauskunft abgeben, dass er in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 SchwarzArbG oder § 21 AEntG mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mindestens 2.500 Euro belegt wurde.

Der Bieter muss als Nachweis, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unternehmens zur Verfügung stehen, eine Verpflichtungserklärung seines Nachunternehmers vorlegen. Diese Erklärung, mit der sich der benannte Nachunternehmer verpflichtet, die (Teil-)Leistung im Falle der Auftragserteilung an den Bieter zu erbringen, ist im Vordruck *Nachunternehmer* enthalten.

## 2.4 Ausführungsbedingungen

Der Vordruck *Nachunternehmer* enthält erforderliche Erklärungen und Nachweise zu Ausführungsbedingungen:

Der Bieter bzw. Auftragnehmer ist verpflichtet, seinem/n Nachunternehmer(n) die Pflichten aus § 5 Abs. 1 und 2, §§ 3, 3a und § 10 Satz 2 HmbVgG aufzuerlegen (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG):

- Ein Nachunternehmer muss ihm übertragene Leistungen grundsätzlich im eigenen Betrieb ausführen (§ 5 Abs. 2 HmbVgG). Eine unumgängliche Weitervergabe übertragener Leistungen an einen Nach-Nachunternehmer muss der Bieter beim Auftraggeber auf gesondertem Vordruck *Nachunternehmer* beantragen.
- Jeder Nachunternehmer muss durch Vorlage der Unterlagen des § 7 Abs. 2 HmbVgG (Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG, Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse) nachweisen, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur vollständigen Entrichtung von Steuern und Beiträgen nachkommt (§ 5 Abs. 2 HmbVgG).
- Jeder Nachunternehmer muss die Einhaltung von Tariftreue und Mindestlohn erklären (§ 3 HmbVgG).
- Erforderlichenfalls muss jeder Nachunternehmer eine gesonderte Erklärung über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen abgeben (§ 3a HmbVgG).
- Der Bieter/Auftragnehmer muss seinem Nachunternehmer die Pflicht auferlegen, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten und auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen (§ 10 Satz 2 HmbVgG).

Zudem muss der Bieter bzw. Auftragnehmer die weiteren Pflichten des § 5 Abs. 4 HmbVgG beachten:

- Er muss bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen, soweit dies mit der vertragsmäßigen Ausführung der Leistung vereinbar ist.
- Er muss seine Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- Er muss die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil B (VOB/B)“ bei der Weitervergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer zum Vertragsinhalt machen.
- Er darf seinen Nachunternehmern keine ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind; auf Verlangen des Auftraggebers hat er dies nachzuweisen.

## 2.5 Kontrollen durch den Auftragnehmer

Der Bieter bzw. Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Pflichten aus § 5 Abs. 1 und 2, §§ 3, 3a und § 10 Satz 2 HmbVgG durch seine(n) Nachunternehmer zu kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG). Insbesondere muss er prüfen, ob die Angebote seiner Nachunternehmer unter Einhaltung von Tariftreue und Mindestlohn kalkuliert sind. Und er muss sich von seinen Nachunternehmern die erforderlichen Rechte vertraglich einräumen lassen, um die Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit (Sozialgesetzbuch Drittes Buch; Arbeitnehmerüberlassungsgesetz; Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz; Arbeitnehmerentsendegesetz) durch die Nachunternehmer prüfen und überwachen zu können. Der Vordruck *Nachunternehmer* enthält nur zum Teil die dazu erforderlichen Erklärungen und Nachweise.

Zur Bestätigung aller Erklärungen und Angaben wird gegebenenfalls ein Gewerbezentralregisterauszug gemäß §150a Gewerbeordnung angefordert. Dazu und für eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen

Wettbewerbs nach § 7 GRfW muss der Bieter die erforderlichen Daten seines Nachunternehmers im Vordruck *Nachunternehmer* angeben.

Damit die Vergabestelle die Angemessenheit des Angebotspreises auch beim Einsatz von Nachunternehmern nachvollziehen kann, muss der Bieter die Vorlage des *Preisermittlungsblatts 1* seines Nachunternehmers sicherstellen; der Vordruck *Nachunternehmer* enthält die diesbezügliche Verpflichtung des Bieters.

### 3. Leiharbeitskräfte

Die Vorgaben des § 3 Abs. 3 HmbVgG sind wie folgt umzusetzen:

Nach § 1b Satz 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ist die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes für Arbeiten, die üblicherweise von Arbeitern verrichtet werden, grundsätzlich unzulässig. Der Auftragnehmer muss dies beachten und die Nachunternehmer darauf hinweisen und kontrollieren.

### 4. Kontrollen des Auftraggebers (§ 10 HmbVgG)

Die Auftraggeberin ist nach § 10 Satz 1 HmbVgG berechtigt, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen und vom Auftragnehmer abgegebenen Erklärungen (insbesondere zu Tariftreue, Mindestlohn und Nachunternehmereinsatz) zu überprüfen. Sie kann nach § 10 Satz 2 Nr. 1 HmbVgG insbesondere die Vorlage von vollständigen und prüffähigen Entgeltabrechnungen über die Beschäftigten des Auftragnehmers und seiner Nachunternehmer verlangen (vgl. Vordrucke *Eignung* und *Nachunternehmer*).

Die Auftraggeberin führt diese Kontrollen durch ihre Mitarbeiter insbesondere der „SOKO Bau“ durch.

### 5. Vertragsstrafe für Gesetzesverstöße

- 5.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich nach § 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG dafür zu sorgen, dass bei der Leistungsausführung keine illegale Beschäftigung von Arbeitskräften, Schwarzarbeit oder Verstöße gegen das AEntG stattfindet und die Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 und 10 Abs. 2 HmbVgG eingehalten werden.

Die Einstandspflicht des Auftragnehmers bezieht sich auch auf das Verhalten Dritter, die er mit der Leistungsausführung beauftragt hat (Nachunternehmer) oder die ihrerseits von einem Nachunternehmer – gleich welchen Unterordnungsgrads – beauftragt wurden (Nach-Nachunternehmer).

- 5.2 Begehen der Auftragnehmer oder eine sonstige in Nr. 5.1 genannte Person bzw. dessen/deren Erfüllungshilfe bei der Leistungsausführung

eine Straftat nach

- §§ 10, 11 SchwarzArbG (Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung und zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen),
- § 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB (Vorenthaltung von Beiträgen des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit, Einbehaltung von Teilen des Arbeitsentgelts),
- §§ 15, 15a AÜG (Verleih von ausländischen Arbeitnehmern ohne erforderliche Arbeitsgenehmigung durch Verleiher ohne Verleiherlaubnis, Entleih ausländischer Arbeitnehmer ohne Arbeitsgenehmigung zu "ausbeuterischen" Bedingungen oder in größerer Zahl oder beharrlich wiederholt), oder

eine Ordnungswidrigkeit nach

- § 404 Abs. 1 SGB III (Einsatz von Nachunternehmern, die Ausländer ohne Arbeitsgenehmigung beschäftigen),
- § 404 Abs. 2 Nr. 3 SGB III (Beschäftigung ohne Arbeitsgenehmigung),
- § 16 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 1a AÜG (Verleih bzw. Arbeitnehmerentleihe von Verleihern ohne Verleiherlaubnis),
- § 16 Abs. 1 Nr. 1b AÜG (Unzulässigkeit gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe),
- § 16 Abs. 1 Nr. 2 AÜG (Entleihe von ausländischen Arbeitnehmern ohne Arbeitsgenehmigung),
- § 8 SchwarzArbG (Beauftragung mit Schwarzarbeit),
- § 5 AEntG (Nichtgewährung zwingender Arbeitsbedingungen), oder einen Verstoß gegen
- die Erklärung zu Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG (vgl. Vordruck *Eignung*),
- die Regelungen zur sozialverträglichen Beschaffung nach § 3a HmbVgG (vgl. Vordruck *Eignung*),
- eine der Pflichten beim Einsatz von Nachunternehmern oder Leiharbeitskräften nach § 5 HmbVgG (vgl. Vordruck *Nachunternehmer*) oder
- die Pflicht zur Bereithaltung von Entgeltabrechnungen über die Beschäftigten nach § 10 HmbVgG (vgl. Vordruck *Nachunternehmer*).



kann die Auftraggeberin vom Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu ein Prozent der Abrechnungssumme je Verstoß, höchstens jedoch fünf Prozent der Abrechnungssumme, verlangen (vgl. § 11 Abs. 1 HmbVgG).

Die Abrechnungssumme ist die nach der Schlussabrechnung geschuldete Vergütung inklusive Zusatzleistungen und Preisgleitung, aber ohne Skonti, Sicherheits- und Gewährleistungseinbehalte, Schadensersatzansprüche oder Umsatzsteuer.

Die Vertragsstrafe ist auch zu entrichten, wenn ein Nachunternehmer oder ein Nach-Nachunternehmer jeden

Unterordnungsgrads den Verstoß begangen hat und dies dem Auftragnehmer bekannt war oder hätte bekannt

sein müssen oder über § 278 BGB (Erfüllungsgehilfe) zugerechnet werden kann.

5.3 Der Anspruch auf Zahlung der Vertragsstrafe verjährt fünf Jahre nach Abnahme.

## 6. Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

Der Vertrag unterliegt dem HmbTG. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von der möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder der Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Stadtreinigung Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Wird der Vertrag im Informationsregister veröffentlicht, ist mit der Ausführung nicht vor Zugang einer gesonderten Aufforderung durch den Auftraggeber gemäß Ziffer 2.1 der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) zu beginnen. Vorzeitige Leistungsausführungen, Vorbereitungshandlungen sowie Materialbestellungen erfolgen auf alleiniges Risiko des Auftragnehmers; eine Kostenerstattung durch den Auftraggeber ist ausgeschlossen.

# Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für Vergabeverfahren von Bauleistungen der Stadtreinigung Hamburg AöR

## Vorwort

Die Vergabestelle (VSt) der Stadtreinigung Hamburg (SRH) vergibt öffentliche Aufträge im Wettbewerb und im Wege transparenter Vergabeverfahren. Im Rahmen dieser Vergabeverfahren und den daraus resultierenden Vertragsverhältnissen verarbeitet die SRH personenbezogene Daten von Bietern, Bewerbern und Vertragspartnern.

Daten sind personenbezogen, wenn sie sich auf eine identifizierte bzw. identifizierbare natürliche Person beziehen. Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten.

Das Verarbeiten personenbezogener Daten durch die VSt bedeutet, dass sie diese Daten zum Beispiel erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten erhoben werden, bei wem sie erhoben werden und was mit diesen Daten gemacht wird. Außerdem werden Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen in Kenntnis gesetzt und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                            |   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich? .....                                                 | 2 |
| 2. Wer ist Datenschutzbeauftragter? .....                                                                  | 2 |
| 3. Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet? ..... | 2 |
| 4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet? .....                                                | 2 |
| 5. Unter welchen Voraussetzungen dürfen Ihre Daten an Dritte weitergegeben werden? .....                   | 3 |
| 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert? .....                                                          | 3 |
| 7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie? .....                                 | 3 |

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlich für die Datenverarbeitung bei Vergaben im Sinne der DSGVO ist:  
ZRE Zentrum für Ressourcen und Energie GmbH  
Borsigstrasse 6  
22113 Hamburg

#### Hinweis:

**Bitte beachten Sie, dass Fragen zum Inhalt oder Ablauf des Vergabeverfahrens ausschließlich über die Bieterkommunikation der E-Vergabe gestellt werden dürfen und auch nur über diese beantwortet werden.**

### 2. Wer ist Datenschutzbeauftragter?

Die betriebliche Datenschutzbeauftragte ist wie folgt zu erreichen:  
Stadtreinigung Hamburg  
z.Hd. Datenschutzbeauftragte  
Bullerdeich 19  
20537 Hamburg

E-Mail: datenschutz@stadtreinigung.hamburg

### 3. Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet?

Für die Beteiligung als Bieter oder Bewerber am Vergabeverfahren sowie die spätere Durchführung der daraus resultierenden Verträge durch die VSt werden personenbezogene Daten benötigt.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die daraus ggf. resultierende Begründung eines Vertragsverhältnisses. Unvollständige Angaben können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Die erhobenen Daten werden unter anderem für die Kommunikation zwischen den Bietern/Bewerbern/Vertragspartnern und der Vergabestelle, die Durchführung der Angebotswertung, insbesondere die Überprüfung der Bietereignung, sowie die spätere Vertragsabwicklung verwendet.

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur zum Zwecke der Durchführung von Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung für die Vertragsdurchführung erhoben und verarbeitet.

Die Erhebung erfolgt im Bieterportal bei der Registrierung sowie im Rahmen der Angebotsabgabe. Darüber hinaus werden im Einzelfall auch personenbezogene Daten bei Dritten erhoben, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet bzw. berechtigt sind oder mit Ihrer Einwilligung. Es werden beispielsweise Auszüge aus dem Gewerbezentralregister abgefordert oder Wirtschaftsauskünfte von entsprechenden Auskunftseien abgefragt.

Die Erhebung personenbezogener Daten bei der Registrierung im Bieterportal ist erforderlich, um ein Angebot, einen Teilnahmeantrag oder eine Interessenbekundung abzugeben. Einzelheiten zu den im Rahmen der Registrierung erhobenen Daten entnehmen Sie bitte dem Punkt „Datenschutz“ auf der Startseite des Bieterportals ([www.vergabe.rib.de](http://www.vergabe.rib.de)). Zudem sind bei Abgabe eines Angebots, eines Teilnahmeantrags oder einer Interessenbekundung ggf. weitere personenbezogene Daten anzugeben.

Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c bzw. e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und § 58 LHO sowie § 4 HmbDSG, dem GWB, der VgV und der VOB/A u. a.

### 4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Es werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

#### • Identifikations- und Kontaktangaben

Zum Beispiel Vor- und Nachname der zuständigen Ansprechpersonen, Adresse/Sitz des Unternehmens, Nummer des Eintrags im Handelsregister/bei der Handwerkskammer

#### • Angaben zur Überprüfung der Bietereignung

Zum Beispiel werden im Rahmen der Eignungsprüfung u.a. auch Daten zur Überprüfung von Referenzen und / oder teilweise die Schul- und Berufsausbildung, Berufserfahrung der eingesetzten Mitarbeiter/innen u.ä. erhoben

#### • Erhebung von Daten bei Dritten

Darüber hinaus werden auch personenbezogene Daten bei Dritten erhoben, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet oder berechtigt sind oder mit Ihrer Einwilligung. Es werden beispielsweise Auszüge aus dem Gewerbezentralregister abgefordert oder Wirtschaftsauskünfte von entsprechenden Auskunftseien abgefragt.

## 5. Unter welchen Voraussetzungen dürfen Ihre Daten an Dritte weitergegeben werden?

Alle personenbezogenen Daten dürfen nur dann an andere Personen oder Behörden, öffentliche oder nicht-öffentliche Stellen übermittelt werden, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Übermittlung gesetzlich zugelassen ist. Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden ihre personenbezogenen Daten an folgende Dritte weitergegeben:

### • **Öffnung der Angebote**

Gemäß § 14 Abs. 6 VOB/A, § 14 Abs. 6 VOB/A EU werden die Namen der beteiligten Bieter sowie die ungeprüften Angebotssummen ihrer Angebote an die beteiligten Bieter weitergeleitet.

### • **Vergabekammern/Gerichte**

Die Vergabestelle ist im Falle eines Nachprüfungsverfahrens oder sonstiger rechtlicher Streitigkeiten verpflichtet, die vollständige Vergabeakte der Vergabekammer oder dem zuständigen Gericht vorzulegen. Zudem können auch Bieter im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens Akteneinsicht verlangen. Es erfolgt jedoch in diesen Fällen eine Schwärzung der personenbezogenen Daten sowie der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der übrigen Bieter.

## 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten unterliegen bestimmten Löschfristen, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergeben, wonach Daten nur solange aufbewahrt werden dürfen, wie dies für die Erfüllung unserer gesetzlichen Verpflichtungen unserer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen unter Beachtung von Aufbewahrungsfristen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften erforderlich ist. Maßgeblich hierfür sind unter anderem die gesetzlichen Verjährungsfristen nach §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), sowie die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nach HGB, AO.

## 7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 DSGVO.

### • **Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 15 DSGVO können Sie vom Verantwortlichen Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

### • **Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung eine Vervollständigung verlangen.

### • **Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ob Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen können, hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von der zuständigen Vergabestelle zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben oder rechtlicher Verpflichtungen noch benötigt werden.

### • **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)**

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

### • **Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)**

Sie haben unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgekommen werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

- **Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen. Dies ist die bzw. der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Die entsprechenden Kontaktdaten der bzw. **des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** lauten:

Haus-/Postanschrift:

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Ludwig-Erhard-Str. 22  
20459 Hamburg  
Tel.: (040) 4 28 54 – 40 40  
E-Fax: (040) 4 279 – 11 811

E-Mail: [mailbox@datenschutz.hamburg.de](mailto:mailbox@datenschutz.hamburg.de)

| Pos-Nr. (Pos-Nr.)                                                                                                                                                                           | Menge                                                         | Einheit | Einheitspreis in EUR | Gesamtpreis in EUR |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|---------|----------------------|--------------------|
| <b>Hinweis zum Preisblatt</b>                                                                                                                                                               |                                                               |         |                      |                    |
| In dieses Preisblatt sollen die Einzelpauschalpreise auf Basis der Kalkulationshilfe eingetragen werden, so dass hier als Summe der wertungsrelevante Gesamt-Angebotspreis dargestellt wird |                                                               |         |                      |                    |
| 01                                                                                                                                                                                          | <b>Wasserlöschanlage</b>                                      |         |                      |                    |
| 01.1                                                                                                                                                                                        | <b>Komponente</b>                                             |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | Komponente                                                    |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | 1,000                                                         | psch    | _____                | _____              |
| 01.2                                                                                                                                                                                        | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Nassanlagen</b>              |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | Rohrleitungen und Zubehör für Nassanlagen                     |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | 1,000                                                         | psch    | _____                | _____              |
| 01.3                                                                                                                                                                                        | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Sprühwasser-Löschanlagen</b> |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | Rohrleitungen und Zubehör für Sprühwasser-Löschanlagen        |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | 1,000                                                         | psch    | _____                | _____              |
| 01.4                                                                                                                                                                                        | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Sprinkleranlagen</b>         |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | Rohrleitungen und Zubehör für Sprinkleranlagen                |         |                      |                    |
|                                                                                                                                                                                             | 1,000                                                         | psch    | _____                | _____              |

Gesamtbetrag: \_\_\_\_\_

| Pos-Nr. (Pos-Nr.) | Menge                                                               | Einheit | Einheitspreis in EUR | Gesamtpreis in EUR |
|-------------------|---------------------------------------------------------------------|---------|----------------------|--------------------|
| 02                | <b>Gaslöschanlagen</b>                                              |         |                      |                    |
| 02.1              | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage UHQ</b>             |         |                      |                    |
|                   | Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage UHQ                    |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                                               | psch    |                      |                    |
| 02.2              | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage UHA/UBA/UBN</b>     |         |                      |                    |
|                   | Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage UHA/UBA/UBN            |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                                               | psch    |                      |                    |
| 02.3              | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage USD Neubau</b>      |         |                      |                    |
|                   | Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage USD Neubau             |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                                               | psch    |                      |                    |
| 02.4              | <b>Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage USD Bestandsbau</b> |         |                      |                    |
|                   | Rohrleitungen und Zubehör für Gaslöschanlage USD Bestandsbau        |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                                               | psch    |                      |                    |

Gesamtbetrag: \_\_\_\_\_

| Pos-Nr. (Pos-Nr.) | Menge                                 | Einheit | Einheitspreis in EUR | Gesamtpreis in EUR |
|-------------------|---------------------------------------|---------|----------------------|--------------------|
| 03                | <b>Dienstleistungen und Sonstiges</b> |         |                      |                    |
| 03.1              | <b>Dienstleistungen</b>               |         |                      |                    |
|                   | Dienstleistungen                      |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                 | psch    | _____                | _____              |
| 03.2              | <b>Sonstiges</b>                      |         |                      |                    |
|                   | Sonstiges                             |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                 | psch    | _____                | _____              |
| 03.3              | <b>Bohr- und Fräsarbeiten</b>         |         |                      |                    |
|                   | Bohr- und Fräsarbeiten                |         |                      |                    |
|                   | 1,000                                 | psch    | _____                | _____              |

Gesamtbetrag: \_\_\_\_\_



| Pos-Nr. (Pos-Nr.) | Menge | Einheit | Einheitspreis in EUR | Gesamtpreis in EUR |
|-------------------|-------|---------|----------------------|--------------------|
|-------------------|-------|---------|----------------------|--------------------|

**Zusammenstellung**

|    |                                |  |  |  |
|----|--------------------------------|--|--|--|
| 01 | Wasserlöschanlage              |  |  |  |
| 02 | Gaslöschanlagen                |  |  |  |
| 03 | Dienstleistungen und Sonstiges |  |  |  |

Summe:

USt 0,00 %:

Summe Brutto (ohne Nachlass):

Der Nachlass wird nur gewertet, wenn er an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt ist.